

E.A.S t r e n g v e r t r a u l i c h !
=====Im Zukunftsbrief.

22. XI. 21.

Zürich am
24. XI. 21
LPolitischer Bericht Nr. 56/1921.
=====Sehr wichtig!
W.

P/Mg.

Berlin, den 17. November 1921.

Herr Bundesrat,

Der gestrige Tag gab mir Gelegenheit zu wichtigen Aussprachen mit einem Mitgliede der interalliierten Reparationskommission, mit dem italienischen Botschafter und zuletzt mit dem Reichskanzler. Leider war das Ergebnis, wie ich gleich vorausschicken will, nichts weniger als erfreulich, indem übereinstimmend festgestellt wurde, dass die politische Lage aufs Aeusserste gespannt ist.

Herr Haguenin, der bekanntlich Vorsitzender der Garantiekommission und dadurch Mitglied der Reparationskommission ist, speiste bei mir und bezeichnete die Lage als "tout à fait"

An den

Chef des Eidgen. Politischen Departementes,
Herrn Bundesrat M o t t a,

B e r n .
-----

mauvaise". Anscheinend ist der Vorsitzende der Reparationskommission (R.K.), der Franzose Dubois mit sehr strikten und engen Instruktionen hierher gekommen, die ihm keinerlei Nachgeben nach irgendwelcher Seite gestatten. Infolgedessen kam es gleich zu Anfang zu sehr erregten Auseinandersetzungen in der R.K., wobei namentlich die Amerikaner in sehr lebhafter Weise dafür eingetreten seien, daß die Bedingungen des Londoner Ultimatums revidiert und den Deutschen ein Moratorium gewährt werden müsse. Diesen gleichen Standpunkt, wenn auch nicht in so schroffer Form, habe auch der englische Delegierte vertreten, während der Belgier De Lacroix den Standpunkt geltend machte, daß unter allen Umständen die Januarrate von einer halben Milliarde restlos bezahlt werden müsse; sei diese Leistung einmal erfüllt, so werde Belgien gerne zu einer Revision des ganzen Erfüllungsprogrammes Hand bieten. Dieser belgische Standpunkt ist mehr als verständlich wenn man weiss, daß die Januarrate sozusagen ausschließlich für Belgien bestimmt ist. Im Verlaufe der weiteren Aussprache scheinen sich die Delegierten vorläufig dahin geeinigt zu haben, dass jedenfalls die Januarrate bezahlt werden müsse, weil es sich dabei um die Wiedergutmachung gegenüber Belgien handle.

Dagegen konnte keine Einigung erzielt werden über die weitere und viel wichtigere Frage, ob die R.K. den Deutschen eine bindende Zusage geben könne auf Revision des Erfüllungsprogrammes nach erfolgter Januarleistung. Die Amerikaner und Eng-

länder wären bereit gewesen, eine solche Erklärung "unter Vorbehalt der Ratifikation" durch ihre Regierungen abzugeben, wogegen die Franzosen die Zumutung kategorisch abgelehnt haben. Mitten in diese Beratungen fiel gestern eine offizielle Erklärung des deutschen Reichskanzlers, welche dahin ging, daß zwar die Regierung nach wie vor den Standpunkt der Erfüllung nach Möglichkeit vertrete, daß es ihr aber schlechterdings unmöglich sei, die Erfüllung der Januarleistung in bestimmter Weise zuzusichern, weil sie heute noch nicht wisse, ob das Geld aufzutreiben sei. Ich werde weiter unten sagen, was der Reichskanzler mir zur Erklärung dieser Mitteilung gesagt hat und füge hier nur bei, daß diese Zuschrift des Reichskanzlers in der R.K. sehr grosse Erregung und Unzufriedenheit hervorgerufen und die bisher bestandenen Gegensätze innerhalb der Kommission beseitigt haben soll. Namentlich die Engländer seien sehr ungehalten gewesen und die wahrscheinliche Folge werde sein, daß die R.K. ihre Anwesenheit in Berlin abkürzen und den interalliierten Regierungen ein neues Ultimatum vorschlagen werde. Die Erregung im Schoße der R.K. sei veranlaßt durch die Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung sehr wohl in der Lage wäre, diese halbe Milliarde aufzubringen, wenn sie den guten Willen dazu hätte. Haguenin rechnete mir vor, daß der deutsche Fiskus jetzt schon ca. 36 % der Devisen, welche die Industrie einbringe, für sich beanspruche und daß diese Abgabe mehr als genügen würde, um die halbe Milliarde zu be-

schaffen; es zeige sich aber, daß Deutschland den größten Teil dieser Abgabe für seine eigenen Zwecke verwendet habe, statt sie für die Zahlung an die Alliierten zur Seite zu legen. Zu diesem Punkt sagte mir der Reichskanzler wörtlich: "Die Herren sind nicht ganz bei Trost, sie vergessen, dass wir Getreide und andere Nahrungsmittel gegen Gold kaufen müssen, um unser Volk am Leben zu erhalten".

Haguenin bat mich dringend, mit dem Reichskanzler zu reden und ihn auf die Gefahr der Lage aufmerksam zu machen, um womöglich zu erreichen, daß eine bestimmtere Zusage für die Januarrate gemacht werde.

Nach dieser Besprechung wollte ich mich zunächst durch Aussprache mit Frassati vergewissern, ob die Dinge wirklich so stehen, wie Haguenin sie mir geschildert hatte. Frassati kam sofort zu mir und bestätigte mir leider die Mitteilungen meines französischen Gewährsmannes i n p e j u s. Es sei richtig, daß die R.K. es abgelehnt habe, auf irgendwelche Zugeständnisse hinsichtlich der Januarrate einzugehen. Leider sei auch nicht zu erwarten, daß die Kommission oder auch nur einzelne Delegationen geneigt wären, den Deutschen irgendwelche bindende Zusicherungen zu machen hinsichtlich der Zukunft, für den Fall der prompten Zahlung im Januar. Frassati verwies mit Recht auf die ganz ähnliche Situation, die sich anlässlich des Londoner Ultimatums ergeben

hatte: Damals haben auch die Engländer den Deutschen ziemlich bestimmte Zusicherungen gemacht betreffend Oberschlesien und Aufhebung der Sanktionen und doch sei in der Folge nichts gehalten worden. Der Botschafter war ausserordentlich pessimistisch, wenschon er annimmt, daß die deutsche Regierung die halbe Milliarde für Mitte Januar aufbringen werde. Er glaubt aber, daß damit im besten Fall ein Aufschub der Katastrophe um einige Wochen erreicht werde.

Nach dieser Besprechung setzte ich mich telephonisch mit dem Reichskanzler Wirth in Verbindung, der gerade in der Sitzung des Ausschusses der Zentrumsfraktion war, um dort seine Erfüllungspolitik gegen heftige Angriffe zu verteidigen - nebenbei bemerkt hat er dies mit vollem Erfolg getan. Herr Wirth kam abends nach dem Nachtessen zu mir und sprach sich sehr einläßlich und bestimmt aus über die ganze Situation, die er als "nahezu verzweifelt" ansieht. Er hatte in den letzten Tagen wiederholt einläßliche Besprechungen mit den verschiedenen Delegierten der R.K. und dabei die Gewißheit gewonnen, daß die Engländer und Amerikaner die Lage ganz klar sehen und ganz genau wissen, dass Deutschland nicht in der Lage ist, die Bezahlung der Januarrate zu garantieren, sofern und solange ihm nicht durch das Ausland ein ausreichender Kredit auf längere Dauer gewährt wird. Aus den laufenden Einnahmen sei diese Zahlung schlechterdings nicht zu beschaffen, denn die beste Notenpresse würde nicht hinreichen, um die Menge von Noten zu drucken,

die nötig wäre, um beim heutigen Kurs auch nur einen Teil der Devisen zu kaufen, die erforderlich wären. Von der Industrie sei der Betrag **n i c h t** erhältlich. Der Kanzler habe sehr dringende Unterhandlungen mit Vertretern der größten industriellen Unternehmungen geführt und die bestimmte Erklärung erhalten, daß nicht genügend Devisen vorhanden seien, um den Januarbedarf zu decken. Der Kanzler fügte bei, daß er kein Mittel sehe, durch welches er in die Lage versetzt werden könnte, die allfällig im Auslande liegenden Devisen der deutschen Geschäftsleute zu erfassen. Voraussetzung dafür wäre doch, daß die neutralen Länder sich bereit finden würden, die dortigen Banken zu zwingen, der deutschen Regierung entsprechende Eröffnungen zu machen.

Es bleibe also, so fuhr der Kanzler fort, nur der Weg der Kredite im Ausland und zwar könne es sich auch hier nur um Kredite auf längere Dauer handeln. Die Aufnahme eines kurzfristigen Anleihe würde der deutschen Valuta den Todesstoß versetzen, weil eine solche Operation der wildesten Baissespekulation auf den Zeitpunkt der Fälligkeit rufen würde. In diesem Zusammenhang sprach mir der Kanzler auch von den sog. "Mendelssohnkrediten" d.h. den kurzfristigen Krediten, die aufgenommen werden mussten, um die Septembermilliarde abzuführen und die jetzt einen grossen Teil der verfügbaren Devisen beanspruchen.

Ein l a n g f r i s t i g e s A n -

leihen sei aber zur Zeit nicht erhältlich. Die deutsche Regierung habe alle erdenklichen Anstrengungen gemacht, um sich ein solches Anleihen zu verschaffen; sie habe Havenstein, den Präsidenten der Reichsbank, nach London geschickt und habe mehrere englische Finanzleute, unter anderem Rotschild nach Berlin gebeten. Das Ergebnis aller dieser Bemühungen sei aber ein durchaus negatives gewesen, weil übereinstimmend erklärt worden sei, ein Darlehen an Deutschland könne gar nicht in Frage kommen, solange nicht die Reparationsleistungen im Sinne der Erfüllungsmöglichkeit revidiert seien.

Es besteht also ein circulus vitiosus, aus welchem die Deutschen nicht herauskommen, indem die R.K. nach dem militärischen Prinzip handelt: Erst zahlen, dann reklamieren, während die Finanz sagt: Erst Sicherheit, dann Geld.

Wirth kam immer wieder zurück auf die zunehmende Unmöglichkeit für Deutschland fremde Devisen zu erwerben. Der Sturz der Mark sei ganz zweifellos auf die sich immer mehr verbreitende Ueberzeugung zurückzuführen, dass "den Deutschen doch nicht mehr zu helfen sei". Er, der Kanzler, fange an, sich dieser Ansicht zuzuneigen, wenn er sehen müsse, wie wahnsinnig neuerdings General Nollet vorgegangen sei, indem er die Zerstörung der deutschen Werke forderte, die eine der wesentlichen Voraussetzungen seien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes.

Herr Wirth ersuchte und ermächtigte

mich, den Herren der R.K. zu erklären, daß er nach wie vor bereit sei, die Erfüllung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu betreiben und dass er auch entschlossen sei, den voraussichtlich entstehenden politischen Kampf durchzuführen, wenn nötig bis zur Auflösung des Reichstages; es sei ihm als ehrlichem Manne aber nicht möglich, eine Erfüllung in bestimmtem Umfange zu versprechen, ohne über die Mittel zu verfügen, deren es zu diesem Zwecke bedürfe. Diese Erklärung werde er demnächst auch im Reichstage abgeben und er sieht voraus, daß sich an diese Stellungnahme ein sehr leidenschaftlicher Kampf anschließen werde, der möglicherweise zur Auflösung des Reichstages oder zu einer " Arbeiterregierung " führen könne. Wirth sprach mir auch "im größten Vertrauen" von einer Zusammenkunft und zweistündigen Aussprache, die er vorgestern mit Hugo Stinnes gehabt habe. Stinnes sei absolut Pessimist und halte den Zusammenbruch von Europa für unvermeidlich, wenn nicht England sich ohne Verzug mit Deutschland zusammenschließe, um die Reorganisation des ganzen Wirtschaftskörpers an die Hand zu nehmen. Stinnes halte es für völlig ausgeschlossen, daß Deutschland sich auch nur noch für kurze Zeit aus eigener Kraft halten könne. Von Amerika sei vorderhand nichts zu erwarten und die anderen Länder ausser England kommen gar nicht in Betracht, weil sie meist nicht besser daran seien als Deutschland.

Diese ernste wirtschaftliche Lage wird nun noch kompliziert durch die Gegensätze, die an-

gefacht worden sind durch das unglückliche Angebot der Industrie, die auf einmal die wirtschaftlichen Grundlagen des deutschen Verkehrslebens umgestalten bzw. zurückgestalten will. Der Reichskanzler sieht darin eine sehr grosse Gefahr, weil er fürchtet, daß eine allfällig kommende Linksregierung durch die wiederauflebenden Forderungen der Gewerkschaften dazu geführt werden könnte, radikale Maßnahmen - Enteignung des Besitzes - zu treffen, die zunächst "zum geistigen Bürgerkrieg" führen werden. Bei diesem Anlasse bestätigte übrigens Herr Wirth mit viel Nachdruck, daß er im Falle eines solchen Krieges auf der Seite der Arbeiterschaft stehen werde.

Auf meine Frage, wie denn der Reichskanzler die Aussichten für die nächste Zukunft beurteile, antwortete er: Ich war bisher eher zversichtlich, aber heute bin ich sehr beunruhigt. In Neuköln hat die Plünderung der Lebensmittelmagazine bereits begonnen, aus dem ganzen Ruhrgebiet laufen sehr bedrohliche Meldungen ein über eine tiefgehende Gärung unter den Arbeitern wegen des Mangels an Kartoffeln und der allgemeinen Teuerung. Die Industrie läuft Gefahr, ihre gute Arbeitsgelegenheit zu verlieren, weil sie keine Rohmaterialien mehr beziehen kann. Wenn in alle diese an sich bedrohlichen Zustände noch eine Gewaltmaßnahme der Alliierten eingreifen sollte, dann ist das Schlimmste zu befürchten." Ich kann mich, so endete der Kanzler, der Befürchtung nicht mehr erwehren, daß wir in den nächsten Monaten

den wildesten Kämpfen entgegengehen".

Schließlich machte er mich noch darauf aufmerksam, daß die Alliierten im Begriffe seien, die K o m m u n a l i s i e r u n g der Sicherheitspolizei zu verlangen. Wozu das führen würde, kann man ohne weiteres beurteilen, wenn man sich vor Augen hält, daß in mehreren grösseren Städten, z.B. in Dresden und Leipzig und bis vor Kurzem sogar in Berlin, die Linksradikalen die Mehrheit haben. Durch diese Maßnahme würde der Regierung jede Möglichkeit genommen, sich der Sicherheitspolizei zu bedienen, um Unruhen zu unterdrücken. Man muss auch als Unbeteiligter sich fragen, ob die Kontrollkommission der Alliierten es wirklich darauf abgesehen habe, in Deutschland russische Zustände zu schaffen. General Nollet wird immer unerbittlicher und rücksichtsloser. Der Reichskanzler sagte mir, er hätte ihm letzter Tage ins Gesicht gesagt: " Sie sind der Schrittmacher der Reaktion in Deutschland ".

Anlässlich meiner Besprechung mit dem italienischen Botschafter frag mich dieser, ob wirklich keine Aussicht bestehe, daß die Neutralen sich ins Mittel legen, um die Alliierten auf die verheerenden Folgen hinzuweisen, welche die französische Politik gegenüber Deutschland für ganz Europa haben müsse. Den Inhalt der nachstehenden Mitteilungen bitte ich aber a b s o l u t vertraulich behandeln zu wollen, da Frassati mich dringend gebeten hat, seinen Namen nicht in Zusammenhang zu bringen mit meinen all-

fälligen Meldungen oder Vorschlägen nach Bern. Wenn ich diese Bitte nicht erfülle, so geschieht es nur deshalb, weil es mir wichtig scheint, daß Sie die Quelle der Anregung kennen, um sie richtig beurteilen zu können. Frassati versicherte mich, daß er sich, wenn er Minister des Auswärtigen in Rom wäre, eine Ehre daraus machen würde, die Initiative zu einem solchen Schritt zu ergreifen. Er ist vollständig davon überzeugt, daß der m o r a l i s c h e Erfolg in der ganzen Welt riesengroß sein würde, weil dadurch die zahlreichen Anhänger dieser Idee, die bisher sich nicht hervorgewagt haben, mobil gemacht werden könnten. Er glaubt z.B. ganz sicher, daß in Italien die Sozialisten aller Schattierung, die Popolari und die Nittianer sich sofort der Sache bemächtigen würden. Ähnlich würde es in England gehen, wo die Kreise der Industrie und Finanz nur auf die Gelegenheit warten, um energisch zu handeln.

Ganz besonderes Gewicht würde Frassati darauf legen, dass der Schritt b a l d gemacht und womöglich durch andere neutrale Staaten, vor allem durch Holland und Schweden unterstützt würde. Er meinte auch, daß eine bloß vertrauliche und mündliche Demarche nicht zum Ziele führen würde, vielmehr bedürfe es einer Note, die den Charakter einer Art Proklamation an das Gewissen der Welt haben würde.

Frassati verließ mich mit der dringenden Bitte, mir die Sache zu überlegen und eine bezügliche Anregung bei meiner Regierung zu machen; er

erblickt in einem solchen Schritte die einzige Möglichkeit, Europa vor dem Untergange zu bewahren, denn auch er ist überzeugt, daß Deutschland unmittelbar vor dem Zusammenbruch steht.

Am Schlusse meiner Unterredung mit dem Reichskanzler brachte ich diese Idee zur Sprache, um zu hören, was er von der Sache halte. Herr Wirth antwortete mir sofort: Ich erwarte diesen Schritt von neutraler Seite seit Wochen, dem ich bin überzeugt, dass nur auf diesem Wege noch eine Lösung zu finden ist, aber ich fürchte, daß der Schritt heute schon zu spät kommt. Immerhin, fügte er bei, scheint mir die Lage so entsetzlich ernst zu sein, daß es ein Unrecht wäre, wenn man einen solchen Versuch nicht unternehmen würde. Deutschland sei bereit, sich jeder Kontrolle einer neutralen Kommission zu unterziehen und jede Maßnahme zu ergreifen, welche eine solche Kommission für nötig erachten würde, denn "heute geht es um Leben oder Verderben".

Ich weiss, dass dieser Gedanke in der Schweiz auch schon erwogen worden ist und hielt es deshalb für meine Pflicht, Ihnen von diesen vertraulichen Aussprachen Kenntnis zu geben. Ich bin bisher eher der Meinung gewesen, daß allfällige Schritte nur in der Form von mündlichen und vertraulichen Vorstellungen, unter Hinweis auf den auch uns drohenden Untergang, unternommen werden sollten. Frassati war aber der Meinung, daß dabei gar nichts herauskom-

men dürfte, weil man uns alle möglichen guten Worte geben, aber keine Handlungen folgen lassen würde.

Ich möchte zum Schlusse nur noch darauf aufmerksam machen, daß die hier einlaufenden Nachrichten aus Schweden und Holland überaus schlecht lauten. Die wirtschaftlichen Zustände seien dort schlimmer als in der Schweiz. Der Reichskanzler meinte, daß diese Länder aus Selbsterhaltungstrieb an einer Demarche bei den Alliierten sich beteiligen müßten.

Ich bitte die recht unvollkommene Form dieses Berichtes entschuldigen zu wollen. Da heute ein Gelegenheitskurier nach Bern geht, wollte ich nicht unterlassen, Ihnen vorstehende Mitteilungen zugehen zu lassen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat,
die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

Marta